

# Jahrestagung des Öko-Instituts 2012

Panel 3

Gut planen – fair entscheiden

Planung und Konfliktlösung beim Infrastruktur-Umbau

## Bürgerbeteiligungsverfahren aus Sicht einer Genehmigungsbehörde

Jörg Gantzer

Landratsamt Waldshut



# Die Sicht einer Genehmigungsbehörde

- I. Politik entdeckt Bürgerbeteiligung
- II. Bürgerbeteiligung – Formen, Erfolgsfaktoren
- III. Beispiel PSW Atdorf
- IV. Beispiel Endlagersuche der Schweiz – Standorte für die Oberflächenanlagen
- V. Beteiligung und Rechtsrahmen
- VI. Thesen

# BÜRGER FORDERN BETEILIGUNG

taz.de

# Vom Wutbürger zum Mutbürger



BI Kehl e. V.



Nein zur dritten Startbahn  
Wie Wutbürger Deutschland  
die Zukunft vermasseln...

Focus.de



Stern.de

# Neue Form freiwilliger Öffentlichkeitsbeteiligung

## § 25 III VwVfG

„(3) Die Behörde **wirkt darauf hin**, dass der Träger bei der Planung von **Vorhaben**, die nicht nur **unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten** haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (**frühe Öffentlichkeitsbeteiligung**). Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung soll möglichst bereits vor Stellung eines Antrags stattfinden. Der betroffenen Öffentlichkeit soll Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung gegeben werden. Das Ergebnis der vor Antragstellung durchgeführten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung soll der Behörde spätestens mit der Antragstellung, im Übrigen unverzüglich mitgeteilt werden. Satz 1 gilt nicht, soweit die betroffene Öffentlichkeit bereits nach anderen Rechtsvorschriften vor der Antragstellung zu beteiligen ist. Beteiligungsrechte nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.“

# Beteiligungsverfahren – Gestaltung, Formen



Quelle: Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung, S. 9

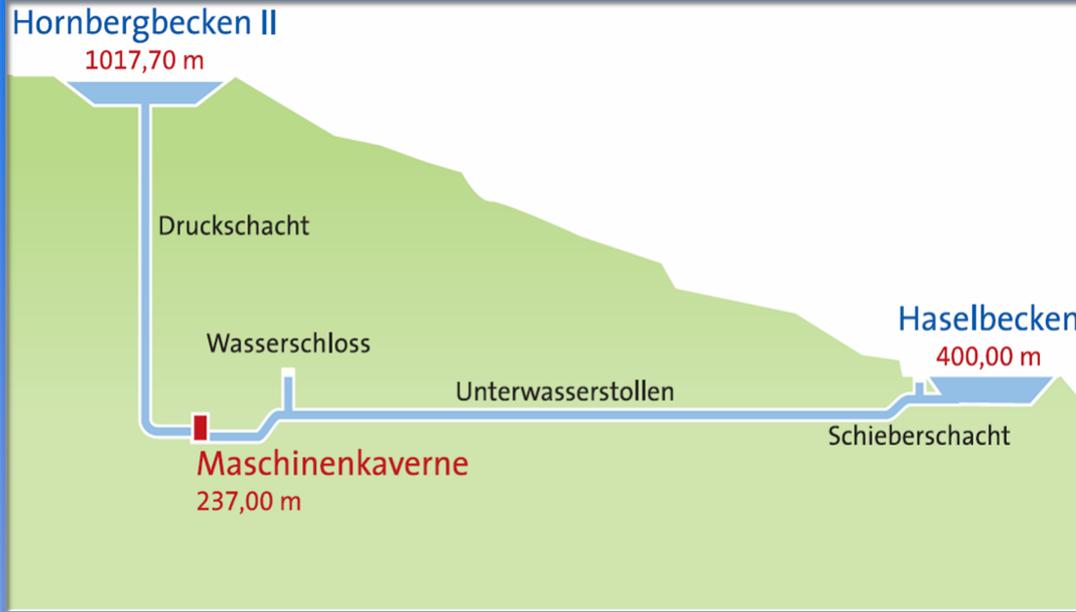
<http://www.partizipation.at/handbuch-oeff.html>

# Maßgebliche Faktoren für erfolgreichen Beteiligungsprozess

- Frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in einer Weise, dass sie wirklich ernst genommen werden
- Klärung von Erwartungshaltungen der involvierten Personen
- Ergebnisoffenheit in zumindest minimalem Ausmaß
- Transparenz im Planungsprozess
- Vereinbarung klarer Spielregeln
- Moderation des Prozesses durch eine unabhängige, unparteiische Institution/Person
- verständliche Erklärung technischer Informationen

<http://www.partizipation.at/893.html>

# Pumpspeicherwerk Atdorf



## Technische Daten

große Fallhöhe:	600 m
große Leistung:	1.400 MW
großes Speichervolumen:	13 GWh



# PSW Atdorf - Frühzeitige Bürgerbeteiligung

## In mehreren Schritten zu mehr Transparenz und Akzeptanz

### Schritt: **Ökologische Begleitgruppe**

bislang 20 Sitzungen mit maßgeblichen Stakeholdern (Gemeinden, Umweltverbänden, Bürgerinitiative)

### Schritt: **Info-Veranstaltungen mit Öko-Institut**

insgesamt sechs öffentliche Veranstaltungen der 4 vom Projekt betroffenen Gemeinden vor Ort zur Information mit Diskussion

### Schritt: **Bürgerbefragungen**

Abstimmungen in Herrischried und Rickenbach

### Schritt: Raumordnungsverfahren mit **Erörterungstermin**

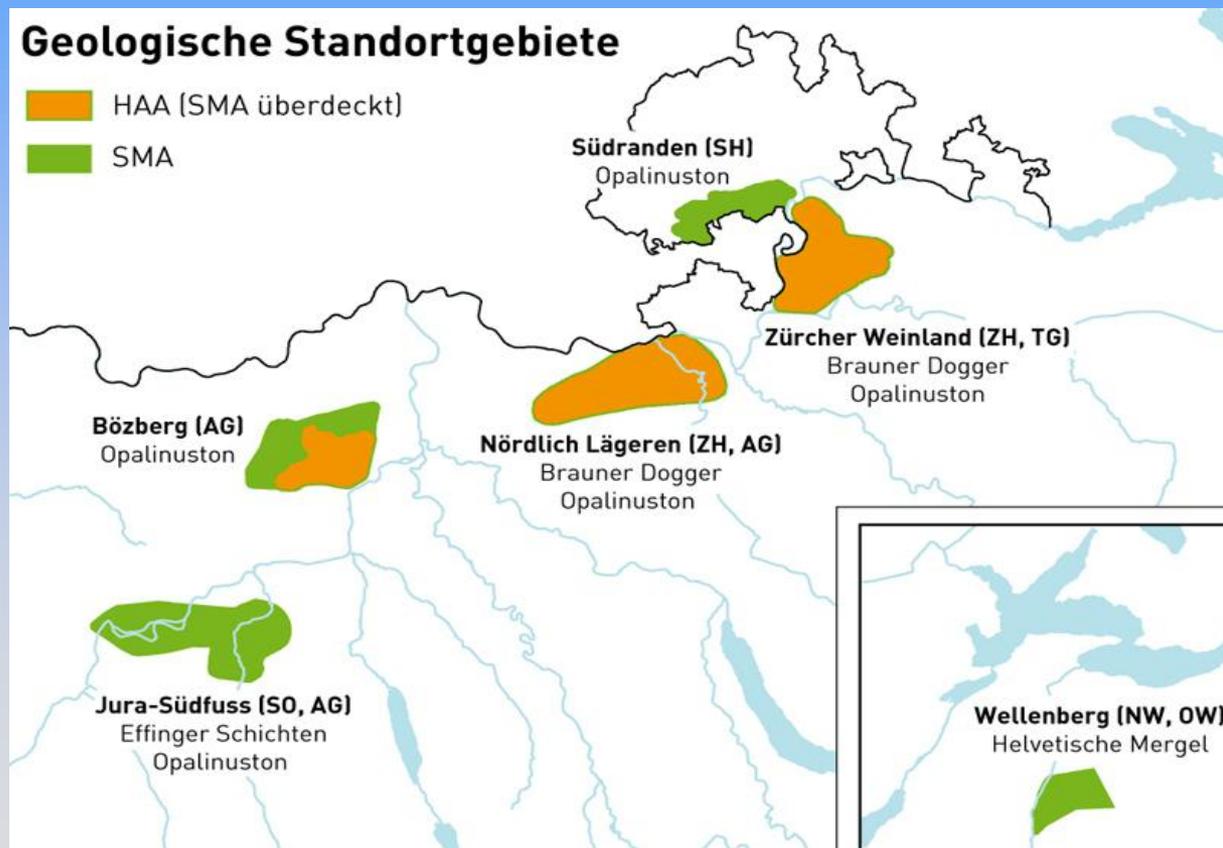
### Schritt: **„Runder Tisch“**

Start im Mai 2011, Abschluss im November 2011, Teilnehmer aus Schlüsselpositionen (regional und landesweit)

### Weitere Schritte: **Anwohnergespräche, Gespräche mit Kliniken**

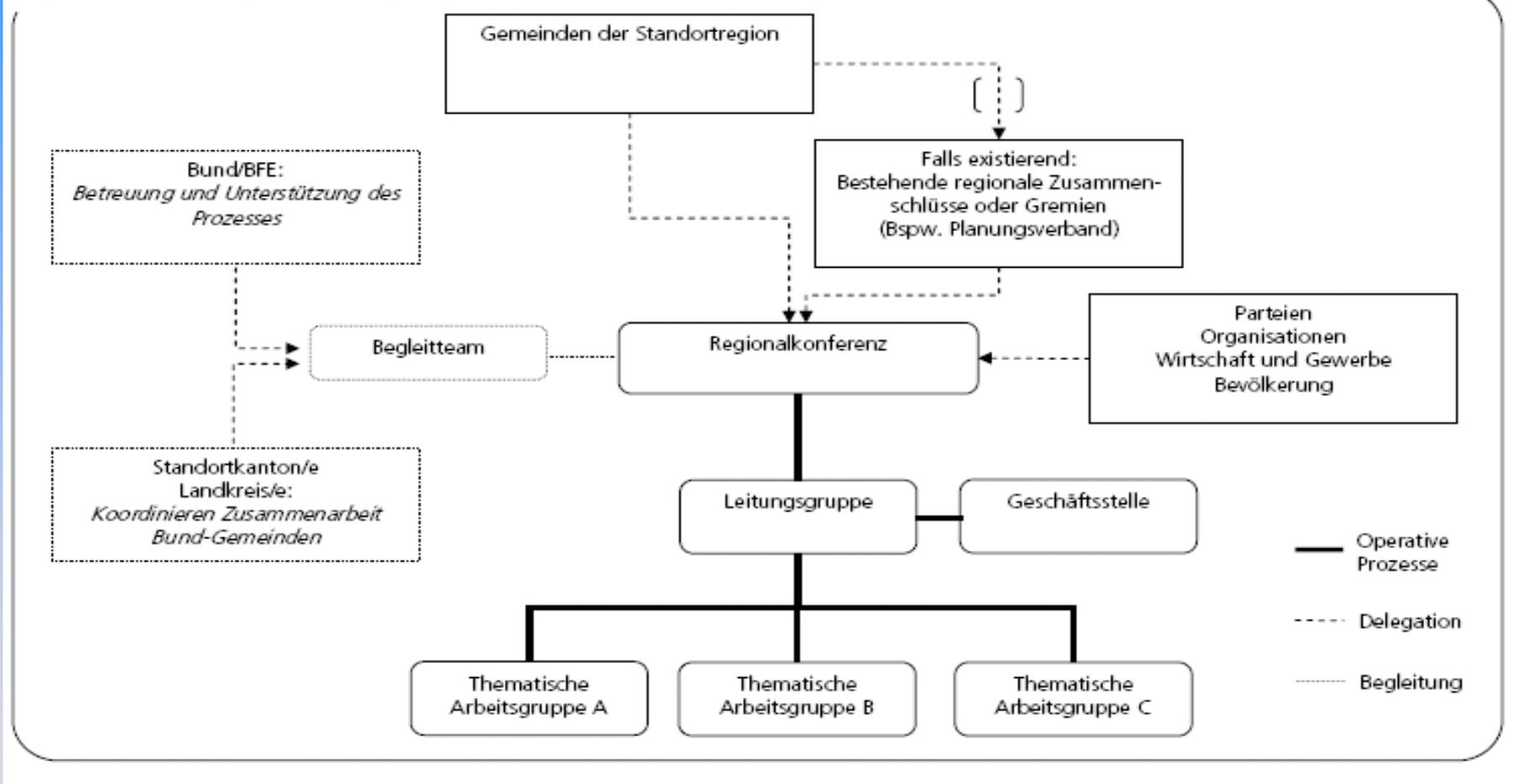
# Vorschlagsgebiete der NAGRA

Anhand von 13 Kriterien zu: **Eigenschaften des Wirtgesteins bzw. EWG**  
**Langzeitstabilität**  
**Zuverlässigkeit der geologischen Aussagen**  
**Bautechnische Eignung**



# Struktur der regionalen Partizipation

Mögliche Struktur der regionalen Partizipation



# Inhalt des Partizipationsverfahrens

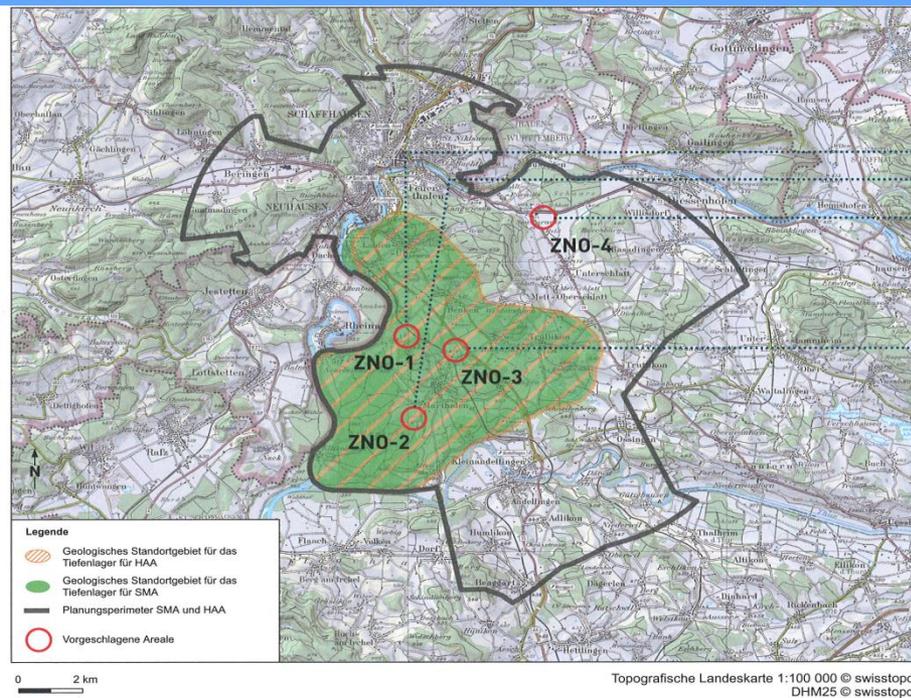
„Nicht über das Ob, allenfalls über das Wie“

- Die Gemeinden/Regionalkonferenzen der Standortregionen sollen das BFE bei der Erarbeitung der **sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudien** unterstützen, sie können dabei spezifische Aspekte ihrer Region einbringen.
- Die Gemeinden/Regionalkonferenzen der Standortregionen sollen unter Einbeziehung des jeweiligen Standortkantons/Landkreises eine **regionale Entwicklungsstrategie** für das Szenario „Geologisches Tiefenlager“ entwickeln. In diese Strategie fließen Fragen der Sicherheit, Gesundheit und Umwelt ein. Gleichzeitig sollen dabei die Grundlagen für ein **regionales Monitoring** erarbeitet werden.
- Sobald die Lagerprojekte konkretisiert worden sind, erarbeiten die Gemeinden der Standortregionen in Zusammenarbeit mit der Nagra und dem Standortkanton **Vorschläge, wie ein Tiefenlager an der Oberfläche ausgestaltet, platziert und erschlossen werden kann.**
- Des Weiteren sollen auch Maßnahmen ausgearbeitet werden, um **„allfällige negative sozioökonomische oder ökologische Auswirkungen zu kompensieren“**.

# Standortvorschläge der NAGRA für Oberflächenanlagen

## Konflikt: Vorgeschlagene Standorte liegen über Grundwasserleitern

- NAGRA sollte Vorschläge ohne fachliche Abstimmung mit den Kantonen entwickeln, um die Regionalkonferenzen in ihrem Diskussionsprozess nicht einzuengen.
- Regionalkonferenzen sehen sich jetzt überfordert, den „Konflikt“ fachlich zu beurteilen.
- Zweifel, ob die Festlegung der OFA- Standorte vor Festlegung der Lagerbereiche überhaupt Sinn macht.



# Beteiligung und Rechtsrahmen



Fiktives Beispiel

Standort A: Siedlungsfern, FFH

Standort B: Siedlungsnah

- Schweiz: Standortentscheidung nicht justiziabel
- Immissionsschutz: Gebundene Entscheidung
- Planfeststellung: Abwägungsfreiheit der Planfeststellungsbehörde

# Thesen

- Bürgerbeteiligung muss möglichst frühzeitig einsetzen und ein das Projekt begleitender kontinuierlicher Prozess sein (These 2: +).
- Beteiligung setzt ein minimales Maß an Ergebnisoffenheit voraus, auch Beteiligungsprozesse zu nur begrenzten Fragen können sinnvoll sein.
- Der Rahmen, in dem sich der Beteiligungsprozess bewegt, muss rechtlich und fachlich klar abgesteckt sein.
- Ergebnisse des Beteiligungsprozesses sollten vom Projektträger möglichst zum Antrag erhoben werden, rechtliche Vorwegbindungen der Behörden kommen nicht in Betracht (These 3: -).
- Bei Vorhaben von nationaler Bedeutung können Kompensationsleistungen für regionale Projekte (Entwicklungsstrategie) sinnvoll sein (These 5: -/+).